

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 8 (1928-1929)
Heft: 3

Artikel: Die Musy-Wahlen
Autor: Nobs, Ernst
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-329950>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 03.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

kommen. Für uns gilt nur der Wortlaut der ersten zwei Artikel — und mit diesen machen wir Ernst. Wir helfen mit, den Kellogg-Pakt zu unterschreiben; aber wir verlangen, daß das Versprechen, das er bedeutet, unbedingt gehalten werde. Nach der Unterschrift werden wir verlangen, daß der Vertrag Wirklichkeit werde durch die Abrüstung.

Die Musy-Wahlen.

Von *Ernst Nobs*.

Seit achtzig Jahren gibt es schweizerische Nationalratswahlen, aber noch nie in dieser langen Zeit sind konservative Parteipolitiker dermaßen wie jetzt aus ihren kantonalen Refugien ausgerückt, um einen gesamtschweizerischen Wahlfeldzug durchzuführen unter bürgerlich-überparteilichen Parolen. Die dem Freisinn abgehende schweizerische Führung — sie liegt auch im Bundesrat in den Händen der Herren Musy und Motta! — stellten die Konservativen zur Verfügung. Seit dem Antimonopolsieg ist nicht nur das Ansehen, sondern auch das Selbstbewußtsein des Herrn Musy außerordentlich gewachsen, was sich namentlich in der eigenmächtigen Vorbereitung der landwirtschaftlichen Kredithilfe gezeigt hat, bei welcher der zuständige Departementschef (Schultheß) zunächst völlig umgangen worden ist. Wie Philipp Anton von Segesser vor sechzig Jahren einmal bei einer Departementsverteilung im luzernischen Regierungsrat gesagt haben soll, man täte am besten, alle fünf Departemente zu verakkordieren, und er nehme sie alle — und wie Benito Mussolini ebenfalls an jeder Hand ein paar Departemente hängen hat, so fühlt Herr Bundesrat Musy ungeahnte Kräfte in sich, seit der Bundesrat mit der einhelligen Zustimmung von Freisinnigen und Konservativen im ganzen Lande ihm (in Anerkennung seiner persönlichen Verdienste an der Verwerfung des Getreidemonopols!) die Getreideversorgungsfrage überwiesen hat. Wer Volksabstimmungen macht wie jene, der muß auch Wahlen fertigbringen! Wie wäre es, die in der Monopolkampagne siegreichen Methoden und die nicht minder wirkungssicheren Parolen auch einmal in einem Wahlkampf auf ihre Anwendbarkeit hin auszuprobieren?

Es kam dazu, daß die Konservativen bei den Nationalratswahlen des Herbstes 1925 zwei Mandate verloren hatten und gleichzeitig des zweiten Fraktionsranges verlustig gegangen waren. Das durfte nicht so weiter gehen. Wie der Berner Korrespondent des «Vaterlandes» unmittelbar nach den Wahlen 1925 dargelegt hatte, standen aber die Aussichten der Klerikalen für 1928 viel günstiger. Für sieben Kantone rechnete man gute Gewinnchancen aus. Es mußte eine breit angelegte Offensive von

langer Hand vorbereitet werden. Das geschah. Sie war parteilicher und überparteilicher Art. Sie war Sache der Konservativen Partei insofern, als die Kampagne organisatorisch wie agitatorisch und publizistisch, durch Instruktion des Parteikaders, Geldsammlung für den Wahlkampf früh und sorgfältig vorzubereiten war. Sie war überparteilicher Art insofern, als der führende konservative Parteikapitän im Bundeshause die Unterstützung von führenden Industriellen, Handeltreibenden und Bankiers auch aus dem freisinnigen Lager zu gewinnen vermochte, um eine gesamtbürgerliche außerparteiliche Wahlpropaganda zu finanzieren, die, auf große Mittel abstellend, ein rüdes Pamphlet (nach dem Vorbild der bekannten und berüchtigten Anti-Getreidemonopolpamphlete) in so gewaltigen Auflagen kostenlos verbreiten sollte, daß, wie der Oltener «Morgen» schrieb, «die Offensive im nationalen Lager auf die schwankenden Arbeitermassen *katastrophal* wirken würde» («Morgen», vom 20. Oktober). «Zum ersten Male», so hieß es im gleichen Artikel weiter, «stoßen die nationalen Parteien offensiv gegen die Sozialdemokraten vor.» Daß Bundesrat Musy als der eigentliche Urheber der «Schweizerischen Vereinigung für industrielle Solidarität» zu betrachten ist, wird wohl nicht bestritten werden. Jedenfalls hat die konservative Presse seine Beteiligung ausdrücklich zugegeben. Es steht des weitern fest, *wer* auf Einladung von Bundesrat Musy Ende August dieses Jahres an der Tafelrunde der Millionäre in der Villa Musy teilgenommen hat. Es steht weiter als Tatsache fest, daß die Zeitungsverleger, welche das ordinäre Pamphlet («Soll der Sozi die Schweiz regieren?») für ihre Zeitungen gratis bezogen, die Kostenrechnung für die Verbreitung der Broschüre an Herrn Edmund Rychner, Plattenstraße 78, Zürich 7, einzusenden hatten, den gleichen Herrn, der in einer öffentlichen Erklärung vom 15. Oktober 1928 als Sekretär der Schweizerischen Vereinigung für industrielle Solidarität unterzeichnet hat. Diese Zusammenhänge sind demnach völlig geklärt. Es ist gar nicht mehr nötig, daran zu erinnern, daß das feige anonyme Pamphlet, das selber nicht einmal die Druckerei und auch nur einen pseudonymen Herausgeber nannte, in der Paulinusdruckerei in Freiburg gedruckt worden ist und daß es manche Gedankengänge enthält, die Bundesrat Musy — offenbar unter dem frischen Eindruck der Lektüre der Fahnenabzüge oder des Manuskriptes — einer nationalrätlichen Kommission genau so vorgetragen hat, wie sie in der Broschüre niedergelegt sind! So hat Bundesrat Musy in unsern letzten Nationalratswahlen eine Rolle gespielt, wie sie unseres Wissens *noch nie* ein Mitglied des Bundesrates für einen solchen Anlaß übernommen hat. Es genügt, diese Feststellung zu machen und sich dessen zu erinnern, welcher Art die vom Musyschen Millionärklub finanzierte Wahlpropaganda gewesen ist, um auch darüber

ins klare zu kommen, was von der Phrase zu halten ist, daß die bürgerlichen Parteipolitiker, wenn sie in irgendeine Exekutive einziehen, den Parteirock und die Parteigesinnung ablegten, um lediglich noch als hoch über den Parteien stehende, parteipolitisch völlig unvoreingenommene Landesväter liebevoll ihres Amtes zu walten.

*

Heute stehen wir vor dem Ergebnis der Musy-Wahlen. Dieses Ergebnis läßt beurteilen, ob die hohen Ziele des bundesrätlichen Wahlmachers erreicht worden sind oder nicht. Ich stelle folgendes fest:

Es ist nicht gelungen, die sozialdemokratische Fraktion des Nationalrates zu reduzieren und wieder in den Rang der drittstärksten Fraktion hinunterzuzwingen.

Es ist nicht gelungen, die «schwankenden Arbeitermassen» derart mit Musyklub-Broschüren zu bombardieren, daß daraus die erwartete Stimmzahlkatastrophe für die Sozialdemokratische Partei eingetreten wäre.

So sehr die westschweizerische Presse es verlangt hat, ist es nicht einmal gelungen, zu verhindern, daß die sozialdemokratische Fraktion das fünfzigste Mandat im Nationalrat errungen und damit jenes Quorum erreicht hat, das notwendig ist, um gegebenenfalls die Einberufung der Bundesversammlung in außerordentlicher Tagung durchsetzen zu können.

So hat also die Sozialdemokratische Partei die große gegen sie gerichtete Vernichtungsoffensive mit bestem Erfolg abgeschlagen und — was das Schönste ist — *in allen Domänen der Musyschen Partei*, insbesondere im Wallis, in Freiburg, in Luzern, in St. Gallen, Tessin, Zug und Graubünden (mit der einzigen Ausnahme des Kantons Schwyz) ihre Stimmzahl *prächtig gesteigert und im schweizerischen Gesamtergebnis zwischen 25,000 und 30,000 neue Wähler gewonnen*. Ich habe vor den Wahlen geschrieben, daß ich die Erwartung für illusionär halte, es könnte die Sozialdemokratische Partei aus diesem Kampfe als die stärkste aller Fraktionen hervorgehen. Aber ein anderes, nicht weniger wichtiges Ziel sehe ich heute zu meiner Ueberraschung verwirklicht: Die schweizerische Sozialdemokratische Partei steht heute nach der Zahl ihrer Wähler ungefähr gleich stark da wie die Freisinnig-demokratische Partei. Die Sozialdemokratische Partei schickt sich an, *binnen kurzem zum Range der stärksten Landespartei aufzurücken!* Wir Sozialdemokraten haben alle Ursache, mit diesem Hauptergebnis der Musy-Wahlen zufrieden zu sein. Noch ein solcher Kampf — und wir erreichen die Viertelmillion sozialdemokratischer Wähler und ebenso einen dementsprechenden Mandatzuwachs, der uns eine Fraktionsstärke geben muß, welche jenen Vorsprung wettmacht, den die Freisinnigen aus der Listenverbindung ziehen.

Wir haben Ursache, noch eines andern uns zu freuen: Die große Musysche Generaloffensive gegen die Sozialdemokratische Partei ist nicht bloß mit anonymen Schmutzpamphleten geführt worden, in denen es hieß, daß «ein großer Teil» der führenden Intellektuellen der Sozialdemokratischen Partei «verbummelte Studenten, abgetakelte Schulmeister, verkrachte Advokaten, entgleiste Politiker, abgehauste Fabrikanten.... überhaupt Windbeutel aller Länder und Zungen, wurmstichige Zelebritäten» seien, «die ihre Zukunft hinter sich haben», sondern man hat die Bundeshausoffensive insbesondere auch mit «positiven Parolen» geführt, den Parolen des christlichen Solidarismus oder der freisinnigen Sozialphraseologie, von «Arbeitsfriede», «Verständigung und Ausgleich» u. a. m., wie die «N. Z. Z.» sie in ganzseitigen Schlagzeilen ihren Herren Bankiers, Industrieaktionären und Gewerbetreibenden entgegenschrie. Aber sonderbar: Die kapitalistischen Parteien, welche sich *gezwungen* sehen, heute derartige Parolen in ihre Wahlproklamationen aufzunehmen, Parolen, die, wenn sie nicht eitel Windbeutelei bleiben sollen, den Staat und die Gesellschaft und auch die Herren freisinnigen und konservativen Unternehmer und Bankiers zu ganz bestimmten *Leistungen* an die arbeitenden Volksklassen verpflichten müßten, — diese Parteien wundern sich, daß die sozialdemokratischen Wählerzahlen immerfort wachsen! In den bürgerlichen Parteien scheint man keinen Sinn und kein Verständnis dafür zu haben, daß das, was die bürgerlichen Parteien im negativen wie im positiven Sinne sozialpolitisch leisten, *für* die Sozialdemokratie spricht und *für* die Sozialdemokratie wirkt. Die Sozialdemokratie bleibt unbestrittenermaßen die Trägerin des großen Zeitgedankens und hat darum alle zukunftwirkenden Kräfte in steigendem Maße für sich. Diese Tatsache anerkennen selbst die bürgerlichen Parteien, wenn sie sich gezwungen sehen, Wahlparolen auszugeben, die denjenigen der Sozialdemokratischen Partei so nahe kommen als möglich. Leider lassen sich die Herren *nach* den Wahlen sehr ungern an das erinnern, was sie *vor* den Wahlen versprochen haben.

Wie hätte das Patriziat aus der Zeit vor der helvetischen Revolution seinen plötzlichen erschütternden Sturz vermeiden können? Nach der Meinung unserer bürgerlichen Historiker nur dadurch, daß es unter Preisgabe seiner materiellen Klasseninteressen jener Zeitentwicklung selber freie Bahn gegeben hätte, um derentwillen die Revolution dann zur Notwendigkeit geworden ist.

Man muß die Wahlproklamationen der bürgerlichen Parteien und ihre überschwänglichen Lobreden auf die kapitalistische Gesellschaft in diesen letzten Wochen gelesen haben, um zu wissen, daß unsere bürgerlichen Politiker, einschließlich des bundesrätlichen Wahlsiegfabrikanten, die bürgerlichen

Historiker wohl gelesen, aber ihre Forderung an die Regentenweisheit der Herrschenden entweder nicht verstanden haben oder — was noch wahrscheinlicher zu sein scheint — für unerfüllbar halten.

Die wirtschaftlichen Unternehmungen der Arbeiterbewegung.

Von Friedrich Heeb.

Die Erkenntnis, daß die klassenbewußte Arbeiterschaft alle Veranlassung hat, der Gemeinwirtschaft jede nur mögliche Förderung angedeihen zu lassen, ist erfreulicherweise innert der ganzen sozialistischen Internationale im Wachsen. Zwar bleibt auch heute noch viel zu tun übrig, bis wir so weit sind, daß die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse an den Aufbau einer vom Proletariat selbst getragenen Gemeinwirtschaft in systematischer Weise herangehen, ihre Kräfte auf diesem Gebiete konzentrisch nach einem wohlüberdachten Plane zur Anwendung bringen, wie auf der anderen Seite noch manche Hemmungen und Schwierigkeiten zu überwinden sind, damit die von der Arbeiterschaft ins Leben gerufenen Eigenbetriebe ausnahmslos prosperieren, mit ihren kapitalistischen Konkurrenten allenthalben erfolgreich in Wettbewerb treten können.

Die Idee der Gemeinwirtschaft wird insbesondere von den Organen der deutschen Arbeiterbewegung neuerdings mit größtem Nachdruck gefördert. Davon zeugt eine vor wenigen Monaten erschienene Schrift, die bei der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin erschienen ist und den Titel trägt: «*Die wirtschaftlichen Unternehmungen der Arbeiterbewegung. Ein Blick in die Gemeinwirtschaft.* Herausgegeben vom Bezirksausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Berlin-Brandenburg-Grenzmark.» Das Buch im Umfang von 120 Seiten enthält zahlreiche wohlgelungene Illustrationen, und wenn es sich auch mehr auf den Umkreis von Berlin beschränkt, so liefert es doch die erste umfassende Darstellung eines großen zusammenhängenden Stückes Gemeinwirtschaft, die aufgebaut ist auf der Selbstverwaltung der Beteiligten und getragen von den Organisationen der deutschen Arbeiterklasse.

In den einleitenden Betrachtungen der Genossen Leipart, Vollmershaus und Eggert wird betont, daß es sich hier um *planmäßiges* Eingreifen der Arbeiterschaft in die kapitalistisch beherrschte Wirtschaft handelt, das einem klar erfaßten Ziel zustrebt, also keineswegs um jene meist kurzlebigen Improvisationen, an denen die Geschichte der schweizerischen Arbeiterproduktivgenossenschaften so reich ist, die eben deshalb eine solch endlose Reihe von Zusammenbrüchen aufweist, bei denen unserer Bewegung ebenso großer moralischer als finanzieller Schaden erwuchs. Natürlich blieben auch den gemeinwirtschaftlichen deutschen Arbeitergründungen Enttäuschungen und Rückschläge nicht erspart, mußten auch sie viel Lehrgeld bezahlen, ehe der rechte Weg und die erfolgverheißende Methode gefunden war. Dadurch aber, daß neuerdings nahezu alle gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen des klassenbewußten deutschen Proletariats von den großen Verbänden der Partei und der Gewerkschaften getragen werden, ist zum vornherein eine ganz andere geschäftliche Ent-